



Entwurf der Regierungserklärung durch
Ministerpräsident Winfried Kretschmann

Jetzt für Morgen

Die große Transformation gemeinsam gestalten

am 19. Mai 2021

im Landtag von Baden-Württemberg

Es gilt das gesprochene Wort.

I. Einleitung

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

es ist keine einfache Zeit, in der diese Regierung ihre Arbeit aufnimmt. Aber es ist unsere Zeit. Es ist die Zeit, unser Land zu erneuern. Es ist die Zeit, den Wandel, den wir erleben, zum Wohle des Landes und seiner Menschen zu gestalten. Und dieser Aufgabe wird sich meine Regierung mit aller Kraft widmen.

Die Herausforderungen sind gewaltig:

- Corona hat uns die schwerste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg beschert.
- Der Klimawandel bedroht unsere natürlichen Lebensgrundlagen.
- Die Digitalisierung ändert die Art, wie wir leben, wie wir lernen, arbeiten und produzieren.
- Neue Player und Geschäftsmodelle krempeln unsere Wirtschaft um.
- Und die Risse in unserer Gesellschaft nehmen zu, die liberale Demokratie wird herausgefordert.

All diese Umbrüche machen nicht an den Grenzen Baden-Württembergs halt. Sie erfordern ein neues Denken und neue Lösungen.

Wir alle sehen und spüren das. Wir wissen, dass wir am Beginn eines Jahrzehnts der Entscheidung stehen. Am Beginn einer Dekade, in der Weichen gestellt werden, die weit in die Zukunft reichen.

Dabei geht es um existenzielle Fragen – um die natürlichen *Grundlagen unseres Lebens*, darum, *wovon* wir in Zukunft leben und *wie* wir zusammenleben.

Ein „Weiter-so“ verbietet sich in dieser Lage. Denn Politik ist mehr als das, „was möglich ist.“ Sie ist die „Kunst des Möglichen“. Und „Kunst“ bedeutet hier, den Raum des Möglichen zu erweitern. Oder, wie Herbert Wehner gesagt hat: „(...) das Notwendige möglich zu machen.“

Mit diesem Bewusstsein sind wir Grünen und die CDU in die Koalitionsverhandlungen gegangen. Und heute kann ich sagen: Das Werk ist gelungen. Wir haben einen Koalitionsvertrag erarbeitet, der diesem Anspruch gerecht wird. Der aufzeigt, wie wir „das Notwendige möglich machen“ wollen. Nämlich indem wir *jetzt* entschlossen handeln, damit wir auch *morgen* noch gut leben können.

Unsere große Überschrift lautet: JETZT FÜR MORGEN. Diese drei knappen Worte stehen über unserem Koalitionsvertrag. Sie stehen für die drei großen Zukunftsaufgaben, die wir in den kommenden Jahren mit aller Kraft angehen werden:

- *Jetzt* konsequent das Klima und die Artenvielfalt schützen, damit unsere Kinder und Enkelkinder auch *morgen* einen lebenswerten Planeten und eine reiche Natur vorfinden.
- *Jetzt* den Strukturwandel der Wirtschaft meistern, und damit unseren Wohlstand erneuern und sichere Arbeitsplätze für *morgen* schaffen.
- *Jetzt* den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken, damit wir auch *morgen* alle in Würde, Freiheit und Sicherheit leben können.

Jetzt für morgen handeln – das ist unser Anspruch. Konsequenter Klimaschutz, eine neue wirtschaftliche Stärke und echter Zusammenhalt – dieser Dreiklang steht im Zentrum unserer Politik.

Die Koalition von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU geht in ihre zweite Legislaturperiode. Wir haben in den letzten fünf Jahren das Land verlässlich und erfolgreich regiert. Aber angesichts der gewaltigen Herausforderungen werden wir nicht nur das Land, sondern auch unser Bündnis erneuern. Es geht um einen Neuanfang – um ein neues Kapitel in der Geschichte des Landes.

Und dabei wissen wir: Die Kräfte der Erneuerung wachsen gerade in der Krise. Gerade dann, wenn es nicht so viel zu verteilen gibt, wächst der Blick fürs Wesentliche. Deshalb schichten wir ab: Das Wichtigste zuerst. Alles Weitere im nächsten Schritt, schließlich dauert eine Legislaturperiode nicht ein Jahr, sondern fünf Jahre.

Priorisieren und investieren – so werden wir beginnen. Denn wir stehen weiter für eine solide und enkelgerechte Haushaltspolitik unter Beachtung der Schuldenbremse. Dann dürfen wir mit Recht darauf hoffen, dass sich die Haushaltslage bessern wird. Schließlich haben wir es nicht mit einer endogenen Krise zu tun, sondern mit einem exogenen Schock. Deshalb rechnen die Ökonomen mit einem starken Aufschwung. Mit einer starken Nachfrage, die unsere Wirtschaft ankurbeln und die Gestaltungsspielräume der Politik wieder erweitern wird.

So wollen wir die große Transformation meistern, vor der wir alle stehen. Wir werden den Umbruch so gestalten, dass er möglichst allen Menschen im Land dient, und keine Strukturbrüche entstehen. Das ist die Richtschnur unserer Politik: Wir werden verändern, was anders werden muss. Wir werden bewahren, was sich bewährt hat. Und wir werden verändern, um zu bewahren. Veränderungen sind für uns kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung für ein gutes Leben – heute und morgen.

Dabei ist uns klar: Die Politik kann zwar Regeln setzen und Leitplanken aufstellen. Aber den Wandel aktiv zu gestalten und zu einem Erfolg zu machen – das geht nur in einem vertrauensvollen Miteinander.

Wir laden deshalb alle Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen, die Unternehmen und die Zivilgesellschaft ein:

- Werden Sie Teil dieser Veränderungen!
- Werden Sie Teil eines Bündnisses für die erfolgreiche Transformation!

Jede und jeder kann etwas dazu beitragen – unabhängig vom Geldbeutel, von der Herkunft oder von der Weltanschauung. Gemeinsam können und werden wir über uns hinauswachsen.

II. BW klimaneutral machen und unsere reiche Natur schützen

Der stetig steigende CO₂-Gehalt in der Erdatmosphäre verändert unser Klima auf dramatische Art und Weise. Das ist seit rund fünf Jahrzehnten bekannt. Neu ist jedoch, wie stark wir seit einigen Jahren die Folgen der Klimaveränderung sehen und spüren:

- Der Permafrostboden in Sibirien taut auf.
- Das Eis an den Polkappen und in Grönland schmilzt.
- Vor unserer Haustüre droht ein Waldsterben.
- Die Städte stöhnen unter der Sommerhitze.
- Die Wälder und die Landwirtschaft leiden unter Trockenheit und Extremwetter.

Diese Liste ließe sich fortsetzen. Ich sage das nicht, weil ich zur Schwarzmalerei neige. Ich sage das, weil ich durch und durch ein Realpolitiker bin. Und Realpolitik heißt vor diesem Hintergrund: Klimaschutz ist die Menschheitsaufgabe Nr.1. Wir haben da in den letzten zehn Jahren im Land schon richtig viel bewegt. Aber wir müssen schneller werden und noch entschlossener handeln.

Ob wir dabei Erfolg haben oder an dieser Aufgabe scheitern, wird das Leben auf der Erde und auch bei uns im Land tiefgreifend prägen. Es geht um nicht weniger als die Frage, ob es das lebenswerte Baden-Württemberg, das wir alle lieben, weiterhin geben wird, so wie wir es kennen. Ob wir auch in Zukunft in Freiheit und Wohlstand leben können.

Wer das Klima schützt, schützt unsere Freiheit. Das ist der Kern des epochalen Urteils, das das Bundesverfassungsgericht vor wenigen Wochen gefällt hat. Denn – so führt das Gericht aus – die Versäumnisse von heute richten unverhältnismäßig große Schäden für die Freiheit nachfolgender Generationen an. Und darum gilt: Angemessener Klimaschutz ist ein hier und heute einklagbares Recht.

Die Entscheidung zeigt klar und deutlich, wie unsere Verfassung das Grundrecht auf Freiheit definiert: Nämlich nicht als Abwesenheit von Regeln, als Willkürfreiheit. Lassen Sie mich hier einmal an unseren großen schwäbischen Landsmann Hegel erinnern. Der hat nämlich sein Leben lang gegen bloße Willkürfreiheit gekämpft. Gegen die Idee: Freiheit sei bloß, das zu tun, was mir gerade in den Kopf kommt. Nein! Freiheit darf nicht willkürlich, sondern muss verantwortlich sein. Sie muss mitbedenken, was mein Tun für die Freiheit Anderer bedeutet: Das ist der Freiheitsbegriff unserer Verfassung: Sie schützt nicht die Willkür, sondern Freiheit in Verantwortung.

Daraus erwächst ein politischer Auftrag für Sie als Gesetzgeber und für uns als Regierung. Dieser Auftrag lautet: Unser Land soll klimaneutral werden – spätestens im Jahr 2040. Mit unserem Koalitionsvertrag werden wir genau diesem starken Anspruch gerecht – mit einem Klimaschutz-Paket, das die Republik so noch nicht gesehen hat.

Wir werden umgehend ein umfassendes Sofortprogramm für den Klimaschutz auflegen. Und wir werden das Klimaschutzgesetz mit Blick auf das 1,5-Grad-Ziel verschärfen. Ein zentraler Baustein ist, den Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv zu beschleunigen. Denn jede Kilowattstunde Strom, die wir regenerativ und nicht mehr fossil erzeugen, bringt uns der Klimaneutralität einen Schritt näher.

Aus der langen Liste von Einzelmaßnahmen, die wir angehen werden, möchte ich einige nennen:

- Eine Vergabeoffensive für den Ausbau der Windkraft im Staatswald und auf Landesflächen: So können bis zu 1.000 neue Windkraftanlagen entstehen.
- Ein Mindest-Flächenziel von zwei Prozent der Landesfläche für den Bau von Windkraftanlagen und Photovoltaik-Freiflächenanlagen.
- Eine Solarpflicht für alle neuen Gebäude und für Bestandsgebäude bei grundlegenden Dachsanierungen. Das gibt es sonst nirgendwo in Deutschland.
- Mehr Agri-Solaranlagen und Freiflächenphotovoltaik – gerade entlang von Autobahnen und Bahnstrecken.
- Wir setzen uns auf Bundesebene für den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2030 ein.

- Ebenso für einen höheren CO2-Preis, der eine deutliche Lenkungswirkung entfaltet.

Außerdem werden wir eine Task Force einsetzen, die die Planungsverfahren und die Umsetzung von Windkraft- und Photovoltaikanlagen beschleunigen soll. Aber auch über die Erneuerbaren hinaus ist die lange Planungsdauer in Deutschland ein Standort-Nachteil. Das werden wir mit einer Infrastruktur-Beschleunigungsinitiative angehen.

Unsere Mobilität basiert derzeit noch zum größten Teil auf der Nutzung von Erdöl. Deshalb treiben wir auch hier die klimaneutralen Alternativen voran. Dazu gehört das emissionsfreie Auto. Darauf komme ich später zurück. Dazu gehören aber auch der Öffentliche Nahverkehr und natürlich auch der Radverkehr, der für kurze Strecken immer wichtiger wird.

Meine Regierung hat in der vergangenen Legislaturperiode viel für den ÖPNV getan: ein besseres Angebot, mehr Busse und Bahnen, einfachere und günstigere Tarife. Jetzt legen wir noch einmal an Tempo zu. Wir werden eine Garantie für einen verlässlichen öffentlichen Nahverkehr umsetzen: Alle Orte in Baden-Württemberg sollen künftig gut erreichbar sein – von früh bis spät, in Stadt und Land, in einem regelmäßigen Takt. Und um den Ausbau des ÖPNV zu finanzieren, werden wir unseren Kommunen ermöglichen, eine Nahverkehrsabgabe zu erheben. Durch diese und weitere Maßnahmen wollen wir in den nächsten zehn Jahren die Zahl der Fahrgäste im Öffentlichen Verkehr verdoppeln.

Und auch den Radverkehr werden wir stärken, indem wir das Netz an Radwegen dichter knüpfen, bestehende Lücken schließen und weitere Rad-Schnellwege bauen.

Der Klimawandel ist nicht die einzige ökologische Krise, die uns herausfordert. Weltweit vollzieht sich ein gewaltiges Artensterben. Und auch bei uns ist mehr als jede dritte heimische Art gefährdet.

Wir wollen die reiche Vielfalt unserer Natur mit aller Kraft bewahren. Deshalb streben wir einen neuen Gesellschaftsvertrag an zwischen Bäuerinnen und Bauern, Naturschützern, der Lebensmittelindustrie, dem Handel und den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Mit einem Strategiedialog wollen wir Naturschutz und Landwirtschaft zusammenbringen, den Artenschutz fördern und für faire Preise für gesunde, nachhaltig produzierte Lebensmittel sorgen. Die ökologische Landwirtschaft wollen wir bis zum Jahr 2030 auf 40 Prozent ausbauen.

Den Naturschutz bringen wir mit einer Reihe von Projekten voran:

- Wir vergrößern den Nationalpark Schwarzwald.
- In Oberschwaben und im Allgäu schaffen wir unser drittes Biosphärengebiet. Damit schützen wir die zahlreichen Moore in der Region.

- Den Biotopverbund weiten wir auf 15 Prozent der Landesfläche aus

Ohne Zumutungen wird es beim Klimaschutz nicht gehen. Je rascher wir handeln, desto kleiner werden sie sein. Doch zugleich steckt in der ökologischen Transformation eine Jahrhundert-Chance.

Gerade ein Hochtechnologieland wie Baden-Württemberg hat hier sehr viel mehr zu gewinnen als zu verlieren: Eine gute Zukunft für unsere Kinder und Enkel. Ein Land mit vielfältiger Natur, in dem wir weiterhin gut leben können. Und neuen Wohlstand auf nachhaltigem Fundament.

III. Den Strukturwandel meistern und unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen

Und weil das so ist, darum ist unser Ziel der Klimaneutralität auch ökonomisch von entscheidender Bedeutung. Wir müssen uns hier von alten Bildern freimachen, die uns auf eine falsche Spur locken. Sicher ist es Ihnen noch genauso präsent wie mir:

- Ganz zu Anfang hat das Bild von der Feindschaft zwischen Ökonomie und Ökologie dominiert. Nachhaltiges Wirtschaften erschien als Bedrohung für den Wirtschaftsstandort.
- Nach der Feindschaft kam das Bild von der Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie. Beides schien zwar noch getrennt, aber man wollte es irgendwie zusammenbringen.
- Heute beginnt eine dritte Phase, in der sich mehr und mehr die Erkenntnis durchsetzt: Ökologie ist keine Wohlstandsbremse. Ökologie selbst ist das Geschäftsmodell.

Früher haben wir gesagt: *Auch* mit grünen Ideen kann man schwarze Zahlen schreiben. Heute wird immer klarer: *Nur* mit grünen Ideen wird das in Zukunft noch möglich sein.

Wenn wir Wohlstand für alle sichern wollen, dann geht das nur auf Grundlage eines nachhaltigen Geschäftsmodells. Klimaschutz wird also zur Basis des Wohlstands von morgen – genauso wie Klimaschutz zur Basis der Freiheit von morgen wird.

Deshalb setzen wir uns große Ziele: Wir wollen in Baden-Württemberg die erste klimaneutrale Wirtschaft der Welt werden. Und zum Leitmarkt und Leitanbieter für grüne Technologien.

Ja, das sind ungewöhnlich große Ziele. Zum einen, weil wir Schwaben und Badener nicht gerade zum Auftrumpfen neigen. Zum anderen, weil diese Ziele nicht einfach erreichbar sind. Sie sind mit Schwierigkeiten verbunden. Mit Mühe und Schweiß.

Doch, und das ist entscheidend: Wir haben es mit einer Idee zu tun, deren Zeit gekommen ist. Und wir bringen alles mit, was es dazu braucht: Wir verfügen über den stärksten Mittelstand der Welt. Über eine exzellente Forschungs- und Wissenschaftslandschaft. Und hier leben hochengagierte Bürgerinnen und Bürger, die selbst etwas auf die Beine stellen, statt sofort nach dem Staat zu rufen. Wir sind kreativ und schaffig – und bleiben beharrlich an einer Sache dran, bis sie funktioniert.

So sind wir zur innovativsten Region Europas geworden. Und das ist eine gute Grundlage, um Klimaneutralität und Greentech zu unserem zentralen Geschäftsmodell zu machen.

Dabei wissen wir: Das können wir nicht allein. Wir befinden uns mitten in einem tiefen Strukturwandel – getrieben von Dekarbonisierung und Digitalisierung. Corona hat diesen Strukturwandel noch einmal verschärft und beschleunigt. Wir werden diesen Strukturwandel meistern. Aber wir werden es nur dann schaffen, wenn wir die innovativsten Gründerinnen, die mutigsten Unternehmer, die klügsten Forscherinnen und die kreativsten Arbeitnehmer dafür gewinnen. Wenn wir die Menschen in unserem Land für die anstehende Transformation begeistern.

Dabei lassen wir uns vom Leitbild der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft leiten. Dem Erfolgsmodell unserer Zeit. Denn wir wissen: Der Staat ist weder der bessere Unternehmer noch die Jury für die beste Technologie. Deshalb setzen wir auf den Markt als Suchverfahren, auf Technologieoffenheit und die Kräfte der Selbstorganisation.

Wir unterstützen unsere Wirtschaft, weiter voranzugehen: bei der Energie- und Ressourceneffizienz, bei Recycling und Kreislaufwirtschaft, bei den erneuerbaren Energien. Und wir stellen den Unternehmen eine zentrale Plattform zur Verfügung, um die Vernetzung zu unterstützen, um anderen ein Beispiel zu geben, um regional und international sichtbar zu werden.

Wir starten eine Forschungs- und Bildungsoffensive für grüne Technologien – von unseren Hochschulen über die anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen bis zu den beruflichen Schulen. Wir entwerfen eine Recycling- und Kreislaufwirtschaftsstrategie. Und wir machen unsere Unternehmen zum führenden Technologieausrüster für grünen Wasserstoff.

Hier bei uns im Land wurde vor knapp 150 Jahren das Auto erfunden. Jetzt erfinden wir das Auto noch einmal neu – emissionsfrei und intelligent. Was unsere Unternehmen hier leisten, ist beeindruckend. Als ich vor zehn Jahren Ministerpräsident wurde, habe ich einen Dienstwagen von meinem Vorgänger übernommen. Der CO₂-Ausstoß lag bei sage und schreibe 340 Gramm CO₂ pro Kilometer. Mein jetziger Dienstwagen – ein Plugin-Hybrid – stößt noch 57 Gramm CO₂ aus. Und jetzt hat Daimler seine neue S-Klasse vorgestellt: Vollelektrisch, 770 Kilometer Reichweite, Emissionen: Null!

Das zeigt: Wir sind bei der Transformation auf dem richtigen Weg: Fürs Klima, für den Wirtschaftsstandort und für die Beschäftigten. Der Hochlauf der Elektromobilität, er findet jetzt statt. Hier – bei uns. Und dabei werden wir unsere Wirtschaft beherzt unterstützen. Etwa mit einer Verdopplung der Zahl der Ladesäulen in den kommenden Jahren.

Wir setzen auf Technologieführerschaft in allen entscheidenden Feldern: Bei der Batterieforschung, der Brennstoffzellentechnologie und synthetischen Kraftstoffen. Bei der Künstlichen Intelligenz, beim assistierten und autonomem Fahren und der Entwicklung des Hirns des Autos der Zukunft. Etwa mit dem Aufbau eines sicheren Datenraums für Mobilität, den datengetriebenen Geschäftsmodellen der Zukunft. So sorgen wir dafür, dass Tesla bald nur noch unsere Rücklichter sieht.

Bei alledem setzen wir vor allem auf die Gründerinnen und Gründer, denn sie tragen das Neue in unsere Wirtschaft. Das beste Beispiel dafür ist Curevac: Ein Unternehmen, das einst als kleines Startup an der Uni Tübingen gegründet wurde – und das heute mit der mRNA-Technologie die Medizin revolutioniert. Ein weiteres gutes Beispiel ist Teamviewer aus Göppingen, die mit ihrer digitalen Plattform Computer, Maschinen und Anlagen auf der ganzen Welt vernetzen und steuern.

Wir wissen: Die Kleinen von heute sind die Großen von morgen. Darum tun wir alles, um junge Unternehmen zu unterstützen: Mit Beratung, mit Förderprogrammen mit Start-up-Acceleratoren, speziellen Ökosystemen und Gründer-Anlaufstellen an den Hochschulen. Und mit der richtigen Finanzierung, in jeder Phase. Deshalb werden wir die Wagniskapital-Angebote des Landes ausbauen.

Damit bin ich schon mitten im großen Transformationsthema Nummer zwei, der Digitalisierung. Anders als manch andere Regierung waren wir hier in den vergangenen 10 Jahren hellwach und haben früh die richtigen Schwerpunkte gesetzt.

Allerdings hat uns die Pandemie in den vergangenen Monaten auch klar aufgezeigt, wo wir Defizite haben. Ich denke dabei zum Beispiel an die öffentliche Verwaltung. In Baden-Württemberg sind wir hier schon sehr weit, gerade im Vergleich zu anderen Ländern – aber wir müssen noch besser werden. Deshalb werden wir die Digitalisierung der Verwaltung entschlossen vorantreiben. So machen wir unsere Verwaltung effektiver, schneller und serviceorientierter, und senken die Bürokratielasten für unsere Unternehmen.

Dabei können wir sehr von dem ungeheuren digitalen Know-How profitieren, das wir bei uns im Land haben. Innerhalb weniger Jahre ist es uns gelungen, das führende Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz in Europa aufzubauen.

An diesen Erfolg knüpfen wir an:

- Zum einen durch die weitere Stärkung der Spitzenforschung im Bereich der Künstlichen Intelligenz, etwa am Cyber Valley.
- Zum anderen, indem wir die Ergebnisse und Anwendungsmöglichkeiten unserer Spitzenforschung in die Breite des Mittelstands tragen, zum Beispiel mit einem Innovationspark für Künstliche Intelligenz.

Die Gesundheitswirtschaft machen wir zu einem noch stärkeren wirtschaftlichen Standbein des Landes. Denn die Gesundheitsbranche hat ein Riesen-Potential: Schon heute sind wir in der Medizintechnik führend. Schon heute arbeiten hier über 1 Mio. Menschen. Und sie kann zu einem herausragenden Wachstumsmotor für unser Land werden.

Deshalb entwickeln wir unseren Strategiedialog „Forum Gesundheitsstandort“ weiter und machen ihn zur Basis der Medizin und der Versorgung der Zukunft. So schaffen wir gute Arbeitsplätze mit Zukunft.

In der Medizin und Versorgung der Zukunft spielen Daten eine zentrale Rolle – genauso wie in vielen anderen Bereichen unserer Wirtschaft. Deshalb entwickeln wir unsere Datenagenda für Baden-Württemberg konsequent weiter. Wir wollen mit anderen Ländern, dem Bund und Europa an geschützten Datenräumen arbeiten, um die Grundlage für die Geschäftsmodelle von morgen zu schaffen. Dabei gehen wir mit einem Datenraum für Mobilität und einem geplanten Datenraum für Gesundheit voran.

Baden-Württemberg hat eine einzigartige, exzellente Wissenschaftslandschaft. Dort wachsen die Rohstoffe der Zukunft: Wissen, Kreativität und Innovation.

Deshalb geben wir unseren Hochschulen finanzielle Verlässlichkeit und stellen sie so langfristig stark auf. Und wir machen unsere Hochschulen noch stärker als bisher zu Knotenpunkten und Impulsgebern für grüne und digitale Ökosysteme – mit internationaler Strahlkraft.

Einen ersten Innovationscampus zum Thema KI haben wir bereits geschaffen - und damit international für Furore gesorgt. Zwei weitere Innovations-Campus-Projekte bauen wir auf – und zwar in zentralen Zukunftsfeldern: Eines zum Thema Gesundheits- und Lebenswissenschaften im Rhein-Neckar-Raum und ein weiteres zum Thema Produktion und Mobilität in Stuttgart und Karlsruhe.

Darüber hinaus setzen wir klare thematische Impulse: Mit unserer Green-Tech-Forschungsoffensive. Mit der Förderung von Programmierschulen nach dem Vorbild von Heilbronn und Tübingen, die wir mit dem Mittelstand und Start-ups vor Ort vernetzen werden. Oder mit einer Schwerpunktsetzung bei der Quantentechnologie, einer der Schlüsseltechnologien von morgen. Hier gehört Baden-Württemberg schon heute zur Weltspitze. Deshalb werden wir hier kräftig investieren. Der erste eigene

wettbewerbsfähige Quantencomputer Deutschlands – wir werden ihn hier bei uns in Baden-Württemberg bauen.

IV. Den Zusammenhalt stärken und unsere liberale Demokratie verteidigen

Wenn wir uns in der Welt umschaun, dann zeigt sich eine dritte fundamentale Herausforderung: Die liberale Demokratie, unsere freiheitlichen Werte und Normen und der Zusammenhalt der Gesellschaft geraten immer mehr unter Druck. Wir müssen nur einmal nach Polen oder Ungarn oder in die Türkei schauen. Oder in die USA – in die älteste und mächtigste Demokratie der Welt. Da ist das Gute: Mit Joe Biden ist wieder ein aufrechter Demokrat Präsident. Aber gleichzeitig haben die schlimmen Ereignisse nach der Wahl gezeigt, wie tief gespalten das Land ist.

Wir müssen daraus lernen: Demokratie und Zusammenhalt sind niemals selbstverständlich, wir müssen jeden Tag aufs Neue dafür kämpfen. Denn auch wenn wir meilenweit von amerikanischen Verhältnissen entfernt sind, ist bei uns auch längst nicht alles gut. Ich denke an Verschwörungsideologen, die sich völlig von den Fakten freimachen und sich mehr und mehr ausbreiten. An die rechtsterroristischen Anschläge von Hanau, Halle oder Kassel, an die Populisten in den Parlamenten und an die zunehmende Verrohung der öffentlichen Debatte. Ich denke aber auch an die Menschen, die von den rasanten Umbrüchen der Zeit verunsichert sind, die sich überfordert oder abgehängt fühlen.

Eine ganz zentrale Aufgabe von Politik ist deshalb heute, die Resilienz der Gesellschaft zu stärken. Der Begriff der „Resilienz“ stammt aus der Psychologie. Er meint die psychische Widerstandsfähigkeit eines Menschen, seine Fähigkeit, Krisen zu bewältigen. Und genau diese Fähigkeit brauchen wir auch als Gemeinwesen – innere Stärke, ein grundständiges Maß an Sicherheit und die Freiheit von Angst. Das ist entscheidend für den Zusammenhalt.

Dabei ist mir wohl bewusst: Es gibt nicht *den einen* großen Hebel, um die Resilienz der Gesellschaft zu stärken. Denn auch die Risse in unserer Gesellschaft haben ja nicht nur *den einen* Grund. Da geht es um soziale und kulturelle Fragen, um Fragen der Sicherheit und Gerechtigkeit, um Würde und Anerkennung. Zusammenhalt ist für uns daher auch nicht nur eine Aufgabe eines einzelnen Ministeriums, sondern der ganzen Landesregierung. Da müssen alle ran – jeder an seiner Stelle. Deshalb setzen wir an vielen unterschiedlichen Stellschrauben an.

Die erste und wichtigste Aufgabe lautet: Die bestmögliche Bildung für alle Kinder ermöglichen. Bildung ist nicht nur der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben, sondern auch die zentrale Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit.

Unsere Landesverfassung gibt uns hier eine klare Leitlinie vor. Dort heißt es: *„Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.“* Das heißt im Klartext: Alle Kinder sollen ihre Talente entfalten und Leistung erbringen können – unabhängig von ihrer Herkunft und vom Geldbeutel der Eltern.

Das ist für uns Auftrag und Ansporn zugleich, Bildungsgerechtigkeit und Leistung für alle zu ermöglichen. Das gilt umso mehr als die Kinder und Jugendlichen besonders unter der Pandemie leiden: Sie mussten über viele Wochen auf ihre Freunde verzichten, konnten immer wieder nicht in die Schule oder in die Kita gehen, und manche wurden durch das Fernlernen abgehängt.

Wir werden ein ambitioniertes Lernlückenprogramm auflegen. Mit gezielten Förderangeboten sorgen wir dafür, dass die Schülerinnen und Schüler die Corona-Lernrückstände schnell wieder aufholen. Dabei wollen wir auch pensionierte Lehrkräfte, Studierende und Schulpsychologen einbeziehen.

Corona hat zudem die Defizite bei der Digitalisierung unserer Schulen schonungslos aufgedeckt. Wir werden deshalb die digitale Bildung an unseren Schulen kraftvoll vorantreiben. Das heißt: Eine gute digitale Infrastruktur, digitale Lernmedien und eine modulare digitale Bildungsplattform für die Schulen. Eine breite Verankerung des digitalen Lernens in der Lehrerausbildung und -fortbildung. Und gute pädagogische Konzepte für das digitale Lernen. Das ist mir ganz besonders wichtig. Wir gehen nicht technokratisch an die Digitalisierung heran. Denn mit Tablet statt Tafel ist es nicht getan. Wir haben einen ganz klaren, ganzheitlichen Ansatz, und der heißt: Die Pädagogik führt – auch im digitalen Zeitalter

Eine weitere bildungspolitische Innovation, die wir angehen wollen, ist der Einstieg in eine Ressourcenzuweisung, die am Sozialindex orientiert ist. Dahinter steckt eine ebenso einfache wie wichtige Idee: Nämlich eine gezielte Unterstützung von Schulen, auf die besonders viele Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Familien gehen. Wir wollen die Ressourcen so verteilen, dass die Kinder auf diesen Schulen besser gefördert werden können.

Außerdem setzen wir an Grundschulen verstärkt auf multiprofessionelle Teams. Wir holen Sozialpädagogen, Psychologen und Logopäden an Bord, um den Kindern und ihren Bedürfnissen noch besser gerecht zu werden.

Schulleitungen sind ganz entscheidend für das Klima an einer Schule. Wir wollen deshalb die Schulleitungen weiter stärken und das Zeitbudget für ihre Leitungsfunktionen erhöhen.

Baden-Württemberg ist bundesweit Spitze bei der Qualität von Krippen und Kindergärten. Wir tun alles, damit das so bleibt. Außerdem wollen wir den Ausbau der Kita-Plätze weiter nach Kräften unterstützen. So ermöglichen wir allen Kindern gute Startchancen ins Leben. Wir wollen, dass die Kita-Gebühren im ganzen Land

sozial gestaffelt werden. Denn starke Schultern können dafür mehr bezahlen als schwache. Deshalb werden wir in Verhandlungen mit den Kita-Trägern eintreten, um gute Gebührenmodelle zu entwickeln.

Baden-Württemberg ist eine der sichersten Regionen der Welt. Die Kriminalität ist so gering wie seit 30 Jahren nicht mehr. Die Aufklärungsquote ist Spitze.

Wir werden in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass das so bleibt. Denn ohne Sicherheit gibt es keinen Zusammenhalt: Nur wo Menschen sich frei und ohne Angst bewegen können, fühlen sie sich auch beheimatet. Wir setzen deshalb auf die Stärke des Rechtsstaats und auf eine bürgernahe Polizei und Justiz.

Und gegenüber den Feinden unserer offenen Gesellschaft und unserer freien Lebensweise zeigen wir uns als wehrhafte Demokratie. In Anlehnung an das Toleranz-Paradox von Popper lautet unser Grundsatz: Keine Toleranz den Feinden der Toleranz! Keine Freiheit den Feinden der Freiheit!

In den vergangenen Jahren haben wir die größte Einstellungsoffensive der Polizei gestartet und so viele Polizeikräfte ausgebildet wie nie zuvor. Darauf bauen wir auf. Wir wollen die Polizei personell weiter kräftig stärken, ihre technische Ausstattung weiter verbessern und die Sicherheit im öffentlichen Raum weiter erhöhen.

Neue Formen der Kriminalität gehen wir entschlossen an. Das gilt gerade für den Bereich der Cybersicherheit: Mit der neuen Cybersicherheitsagentur rüsten wir uns gegen Angriffe aus dem Netz. Mit einem Schwerpunktprogramm zum Kinderschutz verstärken wir den Kampf gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder.

Unsere Gesellschaft wird vielfältiger und bunter. Daraus folgt eine große Aufgabe für uns als politische Verantwortliche. Diese besteht darin zu ermöglichen, dass jede und jeder von uns in Freiheit und Würde leben kann, dass alle den Respekt bekommen, der ihnen zusteht – und zwar ohne Ansehen der Person. Denn in einer Demokratie ist nicht entscheidend, wie jemand aussieht, wen er liebt, an was er glaubt oder wo er herkommt. Sondern wo jemand hinwill und wie er sich einbringt in unsere Gesellschaft.

Deswegen werden wir mit unserer Politik gezielt gegen Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Hass-Kriminalität vorgehen. Deshalb werden wir ein eigenes, ein baden-württembergisches Antidiskriminierungsgesetz beschließen. Damit werden wir Diskriminierungen besser verhindern und das Vertrauen zwischen Bürgerschaft und staatlichen Stellen weiter stärken. Mit einem „Landesaktionsplan gegen Rassismus und Diskriminierung“ werden wir das gleichberechtigte Miteinander im Land fördern.

Auch die Integration der Flüchtlinge werden wir weiter vorantreiben. Dabei folgen wir unserem Kurs des humanitären Pragmatismus. Bei Geflüchteten, die seit vielen

Jahren bei uns im Land leben, die gut integriert sind und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, werden wir alle Spielräume nutzen, um ihnen ein dauerhaftes Bleiberecht zu ermöglichen.

Ein Leben in Würde und Selbstbestimmung – das hat auch sehr viel mit guter Arbeit zu tun, damit wie man seinen Lebensunterhalt bestreitet.

Wir werden dafür sorgen, dass jeder junge Mensch im Land die Chance bekommt, einen Beruf zu erlernen und auf eigenen Beinen zu stehen. Deshalb werden wir gemeinsam mit der Wirtschaft auf eine Ausbildungsgarantie hinarbeiten. Dazu werden wir alle Akteure – von Unternehmen bis zur Arbeitsagentur – an einen Tisch holen und gemeinsame Ziele vereinbaren, damit alle jungen Menschen einen Ausbildungsplatz bekommen. Die jungen Menschen, die nicht an ein Unternehmen vermittelt werden können, erhalten eine außerbetriebliche Ausbildung. Das hilft übrigens nicht nur den Jugendlichen, sondern auch der Wirtschaft. Denn viele Unternehmen suchen ja händeringend nach gut ausgebildeten Fachkräften.

Gute Arbeit setzt faire Löhne voraus. Für mich ist klar: Wer morgens aufsteht und Arbeiten geht, soll auch von seiner Arbeit leben können. Deshalb werden wir da, wo wir es als Land in der Hand haben, – nämlich bei öffentlichen Aufträgen – dafür sorgen, dass die Menschen auch ordentlich bezahlt werden. Dazu werden wir einen vergabespezifischen Mindestlohn einführen, der der untersten Entgeltgruppe des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes entspricht. Damit greifen wir übrigens einen Vorschlag auf, den die SPD-Fraktion vor einigen Monaten gemacht hat. Denn eine gute Regierung zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie gute Ideen der Opposition aufgreift, wenn sie den Menschen in unserem Land helfen.

Eine der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Dabei geht es um mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnen bedeutet, ein Zuhause zu haben, sich beheimatet fühlen. Wir haben in den letzten zehn Jahren schon vieles auf den Weg gebracht: Die Mittel für die Wohnraumförderung seit 2010 verfünffacht, eine Wohnraumoffensive gestartet, einen bundesweit einmaligen Grundstücksfonds für Kommunen aufgelegt.

Jetzt legen wir nochmal eine Schippe drauf: Wir haben ein eigenes Ministerium für diese wichtige Aufgabe geschaffen.

Wir richten die Wohnraumförderung des Landes so aus, dass mehr preisgünstige Wohnungen entstehen.

Wir stärken gezielt jene Akteure, die sich auf bezahlbares Wohnen konzentrieren. Also: Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Wohnbau-Genossenschaften.

Und mit einem neuen Strategiedialog unter der Federführung des Staatsministeriums gehen wir gemeinsam mit allen relevanten Akteuren die drei zentralen

Herausforderungen an: Bezahlbaren Wohnraum schaffen, Bauen ökologischer machen und die Digitalisierung der Bauwirtschaft voranbringen.

Wir befinden uns in Baden-Württemberg in einer glücklichen Situation: Bei uns gibt es sie nicht – die Kluft zwischen Stadt und Land, zwischen boomenden Metropolen und abgehangenen ländlichen Gegenden.

Das ist gut so – aber es gibt keinen Grund, sich zurückzulehnen. Denn auch bei uns gibt es nicht mehr in jedem Dorf eine Postfiliale, einen Laden oder einen Hausarzt. Und auch beim Zugang zu schnellem Internet hinkt noch manche ländliche Gemeinde hinterher. Wir sehen diese Herausforderungen – und wir gehen sie kraftvoll an.

Konkret heißt das:

- Mehr Mittel für besonders strukturschwache Gemeinden aus dem ELR.
- Förderung von Dorfläden und sogenannten Multifunktions-Zentren, in denen Einkaufsmöglichkeiten, Arztpraxen, Banken und Postfilialen an einem Ort gebündelt werden.
- Unterstützung der flächendeckenden Schaffung von Primärversorgungs-Zentren und von kommunalen Ärztehäusern.
- Die Förderung von Telemedizin.
- Ein besserer ÖPNV – gerade auch auf dem Land.
- Und flächendeckender Ausbau von schnellem Internet. Beim Breitband haben wir in den vergangenen Jahren mit Rekord-Investitionen schon richtig viel erreicht – aber wir strecken uns weiter nach der Decke.

So sorgen wir dafür, dass der ländliche Raum das Rückgrat unseres Landes bleibt: Lebenswert und wirtschaftlich stark.

Unser größtes Pfund für ein gutes Miteinander sind aber nicht einfach nur Gesetze oder politische Maßnahmen. Denn Zusammenhalt lässt sich genauso wenig verordnen wie Glück. Das größte Pfund sind die Menschen überall im Land, die nicht zuerst fragen, was der Staat für sie tun kann, sondern die Ärmel hochkrempeln und anpacken. Die Menschen, die sich einmischen, gerne auch mal lautstark.

Das sind die entscheidenden Kräfte unseres Miteinanders, die unsere Demokratie lebendig und die Gesellschaft zusammenhalten. Und diese Kräfte des Miteinanders wollen wir weiter gezielt stärken.

Deshalb werden wir eine Ehrenamtsoffensive starten. Das heißt: Mehr Unterstützung, mehr Vernetzung, mehr Weiterbildung und weniger Bürokratie für Ehrenamtliche. Zudem werden wir eine Ehrenamtskarte einführen, mit der Engagierte beispielsweise kostenfrei Kultureinrichtungen besuchen können.

Außerdem werden wir die Politik des Gehörtwerdens ausbauen – und zu einer Politik des Mitwirkens weiterentwickeln. Denn Bürgerbeteiligung ist inzwischen ein echtes politisches Markenzeichen des Landes. Da sind wir deutschlandweit führend. Bürgerbeteiligung gehört inzwischen fast schon zu Baden-Württemberg wie der Schiller, der Schwarzwald oder der Daimler.

In Zukunft gilt: Kein wichtiges Gesetz ohne begleitendes Bürgerforum aus zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern. Denn ich bin davon überzeugt, dass wir Politiker nicht alles besser wissen. Und vor allem schaffen wir mit Zufallsbürgern einen Raum, in dem auch die stillen Menschen Gehör finden und auch diejenigen, die sich sonst oft übersehen fühlen. Die Politik des Gehörtwerdens ist damit auch eine Politik der Beheimatung, die Menschen ins Gemeinwesen holt, indem sie sie zu aktiven Mitspielern macht.

Und auch unsere repräsentative Demokratie bekommt ein Update: Wir werden ein modernes personalisiertes Verhältniswahlrecht mit einer geschlossenen Landesliste einführen. Denn noch immer liegt der Frauenanteil im Landtag von Baden-Württemberg bei unter 30 Prozent. Zudem senken wir das aktive Wahlalter auf Landesebene auf 16 Jahre ab.

Zusammenhalt – das denken wir auch über unsere Landesgrenzen hinaus, das ist für uns immer auch ein starkes vereintes Europa. Kaum ein Land hat dem europäischen Einigungswerk so viel zu verdanken wie Baden-Württemberg. Die Europäische Integration gehört für uns in Baden-Württemberg zur Staatsräson.

Deshalb werden wir uns auch in Zukunft beherzt und entschlossen auf europäischer Ebene einbringen. Das gilt gerade für die „Konferenz zur Zukunft Europas“. Das ist der große europaweite Beteiligungsprozess, der vergangene Woche in Straßburg gestartet wurde. Unser Europa-Dialog, den wir hier im Land durchgeführt haben, war dafür die Blaupause.

IV. Corona-Neustart-Programm: Stärker aus der Krise kommen

Klimaschutz, Integration, Zusammenhalt – das ist der große Dreiklang dieser Regierung. Dazu kommt eine weitere Mammutaufgabe: Corona.

Wir alle haben ein hartes Jahr hinter uns. Das Virus hat uns in die schwerste Krise in der Geschichte unseres Landes gestürzt: Viele Menschen haben Angehörige, Freundinnen und Freunde verloren. Andere kämpfen mit den Langzeitfolgen einer

Infektion. Kinder konnten über Wochen und Monate nicht in die Schule oder die Kita gehen. Viele Unternehmen und Einrichtungen kämpfen um ihre Existenz.

Zugleich hat die Pandemie gezeigt, wie wichtig unser Gesundheitssystem und starke Institutionen, Kreativität und der Zusammenhalt in der Gesellschaft sind.

Natürlich hat im vergangenen Jahr nicht immer alles auf Anhieb geklappt. Dennoch haben wir das Land alles in allem gut durch die Krise geführt. Mit dem größten Rettungsschirm in der Geschichte des Landes haben wir eine Insolvenzwellen verhindert und tausende Arbeitsplätze gesichert. Mit unserem Zukunftsprogramm haben wir die Grundlage für unser Comeback nach der Krise gelegt.

Die Pandemie wird uns auch in den kommenden Monaten und Jahren noch intensiv beschäftigen. Aber inzwischen spüren wir es alle: Wir sind auf der letzten Etappe. Sobald wir mit den Impfungen durch sind, beginnt eine neue Phase.

Dann geht es um einen Neustart für uns als Gesellschaft. Wir sehnen den Moment herbei, in dem wir endlich wieder einkaufen, in ein Restaurant oder in die Kneipe gehen, Veranstaltungen besuchen und Urlaub machen können. Das wird zu einem starken Aufschwung führen. Diesen Aufschwung werden wir mit einem gezielten Neustart-Programm unterstützen. Dabei ist uns klar: Es geht um die Existenz vieler kleiner und mittlerer Unternehmen. Aber es geht auch um die Lebendigkeit unserer Innenstädte. Und um die Vitalität unserer Kultur.

Unser Neustart-Programm wird deshalb folgende Bereiche umfassen:

Erstens werden dafür sorgen, dass unser Einzelhandel, die Gastronomie und unsere Innenstädte gut aus der Krise kommen.

Dabei werden wir die Bewältigung der akuten Krise mit den großen langfristigen Herausforderungen verbinden – etwa indem wir die Verbindung des stationären Handels mit digitalen Plattformen fördern.

Zweitens werden wir die Kultur- und Kreativszene mit einem Impulsprogramm unterstützen – und zwar quer durch alle Bereiche: von der Live-Musik und der Club-Kultur bis hin zu Kinos und der Breitenkultur.

Drittens werden wir unser öffentliches Gesundheitswesen personell, organisatorisch und technisch stärken, um für künftige Krisen bestmöglich vorzubeugen.

Viertens werden wir unsere Schülerinnen und Schüler mit einem ambitionierten Lernlücken-Programm unterstützen – das habe ich ja bereits erläutert.

Fünftens legen wir ein Programm zur digitalen Arbeitswelt nach Corona auf. Denn die digitalisierte Arbeitswelt bietet Chancen auf eine bessere Lebensqualität, berufliche Teilhabe, neue Karrieremodelle und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Sechstens wollen die Regierungsfractionen im Landtag eine Enquete-Kommission vorschlagen. Sie soll Vorschläge erarbeiten, was Staat und Gesellschaft aus der Corona-Krise lernen können, wie wir mehr Vorsorge leisten und unser Gemeinwesen krisenfester machen können.

V. Schluss: Die Transformation gemeinsam mit den Menschen gestalten

Politik gemeinsam mit den Leuten gestalten und nicht gegen sie, die Menschen nicht abhängen, sondern sie für die anstehenden Veränderungen begeistern – darin liegt die große Aufgabe für die kommenden Jahre.

Barack Obama hat diese Aufgabe einmal sehr treffend beschrieben: *„Veränderung findet nur statt, wenn ganz normale Leute mitmachen, sich engagieren und zusammenkommen.“*

Deshalb packen wir hier im Land die Transformation gemeinsam an. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern – und nicht über ihre Köpfe hinweg. Und das heißt ausdrücklich auch mit denen, die sich Sorgen machen und skeptisch sind. Ich denke dabei an den Arbeiter bei einem Automobilzulieferer, der sich wegen der Elektromobilität fragt, wie es für ihn weitergeht. Die Sachbearbeiterin, die fürchtet, von der Digitalisierung überrollt zu werden. Oder an jene, die Angst haben vor lauter Innovation nicht mehr mithalten zu können.

Unser Weg lautet deshalb: Wir werden hinhören, wo es Widerstände gibt. Wir werden zuhören, wo es Kritik gibt. Wir werden Lösungen entwickeln und Brücken bauen statt Gräben aufzureißen.

Eine wichtige Rolle wird dabei auch das Thema Weiterbildung spielen. Wir werden die größte Weiterbildungs-Offensive in der Geschichte unseres Landes aufsetzen. Im Schulterschluss mit den Sozialpartnern. Mit hochwertigen Angeboten, die genau auf die Transformationsbedarfe zugeschnitten sind. So wappnen wir die Beschäftigten für die Arbeitswelt von morgen.

Wir haben Grund zur Zuversicht – bei aller Veränderung. Denn Baden-Württemberg ist ein starkes Land. Wir bringen alles mit, was es braucht. Und, um ganz präzise zu sein: was es jetzt braucht.

Jetzt für Morgen – dieser Aufruf ist nicht aus Zufall eine Maxime unseres Koalitionsvertrags. Wir sind es, die gefragt sind. Wir sind es, die diese Aufgaben meistern müssen. Und zwar: Jetzt!

Denn wir haben – wie die Philosophin Jeanne Hersch treffend sagt: *„nur eine einzige tatsächlich, konkrete Verabredung mit der Wirklichkeit: die findet genau jetzt statt. Jetzt und nur jetzt können wir so oder so handeln, so oder so entscheiden, so oder so das Gegebene verändern. (...) Nur jetzt üben wir unsere verantwortliche Freiheit.“*

Das schließt aus, sich wegzuducken oder über Versäumtes zu lamentieren. Das schließt aus, die Aufgaben auf andere abzuladen oder auf die lange Bank zu schieben.

Jetzt für morgen – das bedeutet, die Verantwortung aktiv suchen und beherzt gestalten. Das ist es, was wir tun werden. Für den Schutz des Klimas, für eine neue wirtschaftliche Stärke, für echten Zusammenhalt. Jetzt für eine gute Zukunft – für uns, und für unsere Kinder und Enkel.